

Konfrontation und/oder Kooperation - Die Chancen für eine neue globale Friedensordnung (Ernst von der Recke, Laufdorf, 1.11.23)

An dem Tag, an dem Bundesverteidigungsminister Pistorius mit seiner Äußerung „Die Bundeswehr müsse kriegstüchtig werden!“ für öffentliche Debatten sorgte, kamen im Gertrudishaus der katholischen Gemeinde Wetzlar die Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt und der Journalist und ehemalige UN-Korrespondent Andreas Zumach ins Gespräch. Die katholische Friedensorganisation pax christi Rhein/Main hatte die Initiative ergriffen, mit Politikerinnen und Politikern im Bundestag über die Aufgabe einer globalen Friedensordnung nachzudenken - so war es im 2+4-Vertrag festgeschrieben. Dieser hatte zur Überwindung des Kalten Krieges und zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten geführt. Mitveranstalter waren der Arbeitskreis Frieden im Evangelischen Kirchenkreis an Lahn und Dill und der Wetzlarer Friedenstreff.

Frau Schmidt brachte zu Beginn ihr Erstaunen zum Ausdruck, dass im 21. Jahrhundert ein Völkerrechtsbruch wie der Angriff Russlands auf die Ukraine noch möglich werden konnte. Angesichts sich ändernder globaler Machtzentren stellte sie die Frage nach „unseren deutschen Interessen“ und der Rolle Deutschlands in der Welt. Dazu gehören auch diplomatische Initiativen, damit nicht noch weitere Kriege entstehen. Sie verwies auf die gefährliche Spannung zwischen China und Taiwan hin.

Herr Zumach stieg bei seinem Impuls ein mit der Frage: „Hatten wir jemals eine gerechte Friedensordnung?“ Ein Kriegsverbot sowie ein Friedensgebot wurden in der UNO-Charta 1945 festgeschrieben. Erstmals in der Geschichte wurden individuelle Menschenrechte definiert und als universell gültig vereinbart. Westliche Länder legen allerdings häufig doppelte Standards an. Der Irakkrieg und der erklärte Krieg gegen den Terror waren ein Verstoß gegen die UNO-Charta. Sie haben Millionen Tote gebracht. Das aktuellste Beispiel für ein politisch-moralisches Versagen zeigt die Corona-Krise. Durch das Beharren auf Patentrechten und einseitige Förderung für Impfstoffe standen in vielen Ländern nicht ausreichend Medikamente zur Verfügung. Eine gerechte Besteuerung bei internationalen Handelsbeziehungen wird von westlichen Ländern und allen voran den USA verhindert. Ohne Gerechtigkeit und die Einhaltung von Recht - so waren sich die Referentin und der Referent einig - wird es keinen Frieden geben.

Die anschließende Diskussion nach zehn Minuten Murrephase wurde vom katholischen Pastoralreferenten Richard Ackva moderiert. U.a. wurde die Frage nach der Rolle von Glaubensgemeinschaften gestellt. Im Kräftespiel der politischen Interessen können sie Anwalt der Bedürfnisse von Mensch und Natur sein. Herr Zumach warnte vor politischem Hochmut, wie er sich in der Forderung einer Erweiterung der Europäischen Union zu einem militärischen Machtfaktor zeigt. Er nannte Beispiele, wie Verhandlungsbereitschaft unter verfeindeten Mächten zu Friedensschlüssen

geführt haben. Die militärische Aufrüstung wie sie zur Zeit geschieht, wird zu einem „Fass ohne Deckel“.

In ihren Schlussworten sprachen Frau Schmidt und Herr Zumach den Anwesenden und den Veranstaltern ihren Dank aus. Frau Schmidt wünschte sich mehr solche Gesprächsformate - „Ich habe gelernt!“